

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Arbeitsmarktpolitik

Nr. 260/07 vom 04. Juli 2007

Dr. Johann Wadepuhl und Peter Deutschland: Zentrale Personalsteuerung für Öffentlichen Dienst sinnvoll

Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord und der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit ihren jeweiligen Vorsitzenden an der Spitze haben sich heute (04. Juli) zu einem Meinungsaustausch in Kiel getroffen: „Es war ein sehr konstruktives Gespräch. Wir haben eine Reihe von Gemeinsamkeiten festgestellt. Dazu gehören beispielsweise verschiedene Aspekte der Verwaltungsstrukturreform“, erklärte Fraktionschef Wadepuhl am Ende des Treffens.

Der DGB-Nord Vorsitzende Peter Deutschland wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man die Frage der Aufgaben nicht von den Personen trennen könne. „Zu einer positiven langfristigen Entwicklung ist ein interner Arbeitsmarkt mit einer zentralen Personalsteuerung unerlässlich“, erklärte Deutschland.

Nur durch eine solche zentrale Steuerung ließen sich die Interessen der einzelnen Ministerien unter einen Hut bringen, so Wadepuhl und Deutschland weiter. Besonderen Wert legten CDU-Fraktion und DGB auch auf die Weiterqualifizierung der in der zentralen Personalsteuerung erfassten Mitarbeiter. Keinesfalls dürfe der Personalpool als „Abschiebebahnhof“ verstanden werden, betonte Wadepuhl.

Seitens des DGB wurde die in der letzten Woche bekannt gegebene

Entscheidung der Unionsfraktion für die Ausdehnung und Verlängerung des Tariftreuegesetzes auf den öffentlichen Personennahverkehr begrüßt. „Wir hätten uns eine vollständige Entfristung gewünscht. Aber dieser erste Schritt bedeutet sehr viel für die davon betroffenen Mitarbeiter“, so Deutschland.

Weitere Themen waren die zukünftige Ausgestaltung des Universitätsklinikums, die Privatisierung der AKN, die Frage der norddeutschen Kooperation sowie die Umsetzung des Schulgesetzes.

Meinungsunterschiede wurden erwartungsgemäß immer dort festgestellt, wo es um die Notwendigkeit von Privatisierungsmaßnahmen ging: „Wir haben vereinbart, dass wir einen intensiven Dialog über den notwendigen Umfang der öffentlichen Daseinsvorsorge führen wollen“, so Wadehul und Deutschland. DGB und CDU-Fraktion vereinbarten weitere regelmäßige Treffen.